

Editorial

<https://doi.org/10.1515/pubhef-2023-0131>

Die Unverzichtbarkeit des Öffentlichen Gesundheitsdienstes für das Gemeinwesen wurde während der größten Gesundheitskrise zu Lebzeiten, der Covid-19-Pandemie, eindrücklich unter Beweis gestellt. Die Gesundheitsämter sind essenzieller Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. Wenn Gesundheitsschutz und Gesundheitsvorsorge jedoch „im Normalbetrieb“ gut funktionieren, ist das in der Regel keine Nachricht in den Medien wert und die öffentliche Aufmerksamkeit sinkt. Bei geringer Priorität ist die Politik aber - wie in den 2000er Jahren - versucht, in der Mittelallokation im Gesundheitsressort einzusparen. Im Öffentlichen Gesundheitsdienst gingen Fachexpertise und Strukturen verloren, die Folgen zeigten sich erst wesentlich später. Das kann gut am Infektionsschutz und der Pandemiebekämpfung demonstriert werden. In diesem Aufgabenbereich gilt weiterhin, „nach der Pandemie ist vor der Pandemie“. In der Krise liegt auch eine Chance! Der neue Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst ist eine einmalige Chance, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und den Öffentlichen Gesundheitsdienst besser aufzustellen.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist kein Selbstzweck, sondern nimmt im Sinne der „Health for all“-Politik wichtige Funktionen für die Bürgerinnen und Bürger wahr. Wie beurteilen sie eigentlich die Gesundheitsämter? In der Lebenslagenbefragung 2021 hat das Statistische Bundesamt erstmals die Zufriedenheit auch mit dem Gesundheitsamt und seinen Dienstleistungen während der Corona-Pandemie erhoben (vgl. www.amtlich-einfach.de). Auf einer Skala von -2 bis +2 bewerteten die befragten Bürgerinnen und Bürger die Zufriedenheit mit ihrem Gesundheitsamt im Durchschnitt mit 0,8. Das bedeutet, die Bürgerinnen und

Bürger sind mit den behördlichen Dienstleistungen mehrheitlich zufrieden. Es ist für die Einordnung der Ergebnisse jedoch zu beachten, dass die durchschnittliche Zufriedenheit mit der öffentlichen Verwaltung allgemein bei 1,1 und damit höher als bei den Gesundheitsämtern lag. In den Antworten der befragten Personen zeigten sich darüber hinaus große Unterschiede zwischen den Lebenslagen und betrachteten Einzelfaktoren. Bei den Gesundheitsämtern bewerteten die Befragten die Faktoren Unbestechlichkeit (1,9), Diskriminierungsfreiheit (1,8) und Hilfsbereitschaft (1,1) besonders positiv. Dagegen rangierten die Faktoren Wartezeit (0,2), digitale Transaktionsmöglichkeit (0,4) und Informationen über den weiteren Ablauf (0,4) am unteren Ende der Zufriedenheitsskala. Die Befragung gibt wichtige Hinweise auf Entwicklungspotenzial in der Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer. Speziell die Unzufriedenheit mit der Wartezeit und der Digitalisierung können auch als Systemindikatoren für mangelnde Ressourcen im Öffentlichen Gesundheitsdienst verstanden werden. Es ist noch „Luft nach oben“. Zukünftige Lebenslagenbefragungen werden zeigen, ob die Dienstleistungen im Zuge der Reformbemühungen optimiert werden konnten.

Diesen und vielen weiteren Themen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes widmen sich die Autorinnen und Autoren der vorliegenden Schwerpunktausgabe des Public Health Forums. Dabei analysierten sie in wichtigen Beiträgen nicht nur den aktuellen Stand der Entwicklung und der Forschung in einem weiten Spektrum, sondern stellten auch fachkompetent einen Brückenschlag zwischen Öffentlichem Gesundheitsdienst und Public Health her.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine spannende Lektüre und viele neue Erkenntnisse!

Die Redaktion